PROF. DR. HERIBERT HIRTE, MdB

CDU Köln

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert Ende März 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Seit dem gestrigen Montag darf ich Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung sein. Darauf bin ich stolz, denn die deutsch-französische Freundschaft ist ein Garant für eine erfolgreiche Zukunft unseres Kontinents. Die Gründung dieser Versammlung setzt ein Zeichen hin zu mehr Verständigung zwischen den europäischen Partnern. Ein Zeichen genau zur richtigen Zeit – beobachten wir doch aktuell die (vermutliche) Verlängerung des Brexits und welches Chaos eine Abkehr von Europa mit sich bringt. Der Blick richtet sich nun auf die Wahlen zum Europaparlament am 26. Mai. Wir wollen Europa gestalten! Unsere Parteivorsitzende hat die großen Linien der CDU im Hinblick auf eine Neuausrichtung Europas niedergeschrieben – den Text können Sie hier lesen.

Als Union möchten wir Europa nach den Werten gestalten, die uns seit Jahrzehnten auszeichnen. Umso wichtiger, dass die Mitgliedschaft der ungarischen Fidesz-Partei der EVP jetzt suspendiert wurde. Die Union, das sind die Europaparteien Deutschlands. Daher ist es ein großer Erfolg, dass CDU und CSU nicht nur einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufstellen, sondern in diesem Wahlkampf auch erstmalig mit einem gemeinsamen Wahlprogramm antreten. Dieses können Sie hier lesen.

Neben dem Thema Europa ist ein Wesenskern unserer Bundestagsfraktion unser Bekenntnis zu einem starken Staat. Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ stärken wir deshalb Polizei und Justiz – auf unsere Erfolge und Vorhaben weisen wir in diesen Wochen mit der Kampagne „#StarkerStaat“ hin: 15.000 neue Stellen bei der Polizei. Dazu mindestens 2.000 zusätzliche Stellen bei Gerichten und in den Staatsanwaltschaften. Bund und Länder haben vereinbart, bis 2021 Polizei und Justiz zu stärken. Darüber hinaus werden im Strafrecht die rechtlichen Grundlagen für schnellere und effektivere Verfahren verbessert. Weitere Kernpunkte sind die Digitalisierung der Arbeit in den Sicherheitsbehörden und Gerichten sowie die Stärkung des Opferschutzes. Das alles können Sie auch hier nachlesen.

Ihr

Heribert Hirte

Das Thema

Ein Schritt hin zum fairen Netz

Zum ersten Mal seit 18 Jahren hat das Europäische Parlament eine EU-Richtlinie zum Urheberrecht verabschiedet. Warum war eine Reform aus unserer Sicht überhaupt nötig? Autoren, Künstler, Kreative, Musiker und andere Urheber haben auch in der digitalen Welt einen Anspruch darauf, dass ihr geistiges Eigentum geschützt wird. Die öffentliche Debatte ignorierte sehr lange die Machtverhältnisse zwischen Plattformen (YouTube, Facebook und Co.) und Urheberinnen und Urhebern sowie Künstlerinnen und Künstlern. Diskutiert wurde eher im Feuilleton oder auf Medienportalen. Durch die neue Regelung soll ein fairer Ausgleich zwischen Nutzern, Urhebern und Plattformen geschaffen werden. Urheber sollen eine faire Vergütung für ihre Inhalte erhalten, die Plattformen werden stärker in die Pflicht genommen. Die Neuregelung richtet sich letztlich vor allem an einen kleinen Kreis der Plattformen, aber dafür mit großer Wirkung für die Nutzer im Netz. Diese großen Plattformen werden nunmehr – anknüpfend an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs – für Urheberrechtsverletzungen in Haftung genommen – endlich, möchte man hinzufügen. Doch die Reform geriet nach der Einigung im „Trilog“ (der – vorläufigen – Einigung von Europäischem Parlament, Ministerrat und Europäischer Kommission auf ein Gesetzgebungsvorhaben) in massive Kritik, vor allem im Netz. Insbesondere in den letzten paar Wochen tobte im Netz ein zum Teil heftiger Diskurs. Das Unverständnis für die Positionen der jeweils anderen Seite bleibt groß: Da ist von zu großem Lobbyeinfluss der Netzgiganten bzw. der Medienkonzerne die Rede, außerdem werfen sich beide Seiten Unkenntnis vor – wahlweise des Rechts oder des Mediums „Internet“. Unterm Strich: Am Ende entschieden sich 348 Europaparlamentarier für die Reform, 274 votierten dagegen.

Nach teils heftigen Diskussion in Brüssel verabschiedet: Die Urheberrechtsreform.

Wir als CDU/CSU haben die Kritik und Sorgen ernst genommen, aber das Ziel der Reform nicht aus den Augen verloren. Deswegen haben sich auf Initiative des CDU Generalsekretärs Paul Ziemiak Rechts- und Digitalpolitiker der CDU Deutschlands sowie die Sprecher des #cnetz zusammengesetzt und auf Vorschläge für die nationale Umsetzung des europäischen Kompromisses zum Urheberrecht verständigt – unter intensiver Mitarbeit von Heribert Hirte. Die Ergebnisse können Sie hier finden.

Im Vorschlag unserer Partei wird dabei ein System der Pauschal-Lizenzierung für alle nicht bereits vertraglich lizenzierten Rechte vorgeschlagen: Uploadfilter sind damit nach unserer Lesart für die Umsetzung der Reform in deutsches Recht überflüssig. Und zur Erinnerung: Der Artikel 13 (in der Endfassung der Richtlinie Artikel 17) sieht keinen Zwang zum Einsatz einer solchen Technik vor. Wir erkennen in der Reform eine Stärkung der Nutzerrechte, beispielsweise durch ein Recht auf Uploads! Durch dieses Individualrecht ist es den monopolartigen Plattformen nun untersagt, die Nutzer durch „Overblocking“ am Hochladen von Bildern, Musik oder Ähnlichem zu hindern. Das gab es derart bislang nicht. Und die Reform legt auch eines klar und deutlich fest: Eine allgemeine Überwachungspflicht darf es nicht geben. Zudem sind kleine Unternehmen in der Reform von einigen Haftungszwängen ausgenommen. Wenn auch, hier teile ich die Kritik beispielsweise des Start-up-Verbandes, diese Ausnahmen nicht völlig durchdacht wirken. Hier hoffe ich auf kluge Lösungen in den nationalen Umsetzungen, wie wir sie als CDU/CSU bereits vorgelegt haben.

Schlussendlich bleibt festzuhalten, natürlich sind nicht alle Argumente oder Sorgen der Debatte aufgegriffen worden. Aber so ist es im politischen Kontext oftmals: Gesetzesvorhaben sind

vielschichtig, und insbesondere europäische Richtlinien geben zunächst nur einen Rahmen vor, in dem die nationalen Gesetzgeber sich dann bewegen dürfen. Es bleibt sehr zu hoffen, dass sich die Kraft der emotionalen Debatte auch produktiv für die Diskussion der nationalen Umsetzungen umwandeln lässt. Denn es gäbe weitaus mehr Bestandteile dieser notwendigen Reform zu diskutieren, z.B. die Lizenzierung für Forschung, Data-Mining, Kulturgut, Stakeholder-Dialoge, Schlichtungsmechanismen bei Streit über die Lizenzierung, Leistungsschutzdebatte – alles Bestandteile des vorliegenden Reformtextes.

Nach dem Wegfall des Providerprivilegs stehen durch die Urheberrechtsreform aktive Plattformen nun in neuer Haftung gegenüber Urheberinnen und Urhebern.

Das Informationsverhalten und Kommunikationsverhalten unserer Gesellschaft wandelt sich stetig. Die Lebensrealität der jungen Generation ist weitaus mehr durch die verschiedenen Plattformen und das Netz allgemein geprägt, als es sich so mancher ältere Vertreter in der Politik überhaupt vorstellen kann. Daher ist die hohe Sensibilität bei diesem Thema nachvollziehbar. Sicher hätten die interessierten Jugendlichen in dem ganzen Verfahren mehr angehört und auch einbezogen werden müssen. Aber da eben diese Plattformen gerade Adressaten der Neuregelungen sind, ist ein erhebliches Eigeninteresse auch bei der Informationsverbreitung nicht zu verkennen. Gleichwohl wurden Sorgen teilweise allzu leichtfertig beiseite gewischt. Im gegenseitigen Unverständnis sind die Fronten nun verhärtet. Grundsätzlich konnten wir eine fatale Entwicklung beobachten: Die Diskussion eskaliert zu schnell. Unabhängig davon, was man über den zuständigen Berichterstatter im Europäischen Parlament Axel Voss und seine Rolle in diesem Prozess denkt - wir erreichen das Ende des demokratischen Spielfeldes, wenn es Bombendrohungen, andere strafwürdige Aktionen und blanken Hass gegen demokratische Repräsentanten gibt. Die Europäische Union ist der Wertebund, der sich weltweit für Meinungsfreiheit und alle anderen individuellen Rechte einsetzt. Wenn sich in den Köpfen von Teilen unserer Gesellschaft tatsächlich die Vorstellung breitmacht, Zensur und die willentliche Zerstörung unseres informellen Gesellschaftssystems (das Internet ist ein wesentlicher Teil hiervon) sei nur im Ansatz Teil einer Richtlinie dieser Europäischen Union, dann haben wir ein besorgniserregendes Legitimationsproblem für unsere Demokratie.

Der Debatte um die Urheberrechtsreform half es zudem wenig, dass die Bundesjustizministerin Katarina Barley, die zuständige und verhandlungsführende Ministerin, zunächst gegenüber dem Deutschen Bundestag Artikel 13 als Erfolg verkaufte, in Brüssel den Kompromiss vereinbarte, um ihn dann kurz vor Abstimmung im Europäischen Parlament in Frage zu stellen. Verlässlichkeit sieht anders aus! Der Kurs der SPD blieb mal wieder unklar. Man ist zeitgleich für das Dagegen und gegen das Dafür. Man fordert mehr Europa, hinterfragt aber europäische Kompromisse, wenn es darauf ankommt. Das ist keine verlässliche, pro-europäische Politik. Das unterscheidet unsere beiden Parteien. Wir setzen uns auch mit Kritikern auseinander und werben für unsere Ideen. Für die richtige Lösung gilt es auch in der eigenen Partei zu werben und zu streiten.

Es ist richtig, dass einige der in kurzer Zeit erfolgreichsten Unternehmen der Welt Musiker, Autoren, Drehbuchautoren und alle weiteren Kreativen in Zukunft angemessen am Gewinn beteiligen, der mit den kreativen Werken dieser Künstler erwirtschaftet wird. Diese Reform ist ein fairer Ausgleich zwischen den Plattformen, Nutzern und Rechteinhabern. Deswegen unterstützen wir sie als Partei, deswegen unterstützt Heribert Hirte als langjähriger Autor und damit Urheber von zahlreichen wissenschaftlichen Werken diese Reform.

Fragen & Antworten
zur Urheberrechtsreform
hat die ***CDU Deutschland***
hier zusammengestellt.

Kurz informiert

Nothilfe im Jemen – der Stephanuskreis verbindet

Von unserer Praktikantin Matilda Kröhnert

Anfang März bekam der Stephanuskreis bewegenden Besuch. Der Gesprächskreis, der sich für verfolgte Christen weltweit stark macht, organisierte ein Treffen mit dem Nahost-Experten Matthias Schwab und zwei jemenitischen Christen in Berlin. Der traurige Anlass: In wenigen Tagen jährt sich der Beginn des Krieges in Jemen zum fünften Mal. Obwohl die humanitäre Situation dort dramatischer zu sein scheint als in Syrien, bekommt der Konflikt nur wenig oder gar keine Aufmerksamkeit in der internationalen Gemeinschaft. Grund für die fehlende Berichterstattung ist die Tatsache, dass der Jemen eines der gefährlichsten Länder für Journalisten ist und deshalb kaum noch unabhängige Berichterstatter vor Ort sind. Allerdings hatten die Mitglieder des Stephanuskreises diesmal die einmalige Chance, Informationen und direkte Eindrücke von zwei jemenitischen Landsleuten und einem deutschen Experten vermittelt zu bekommen. Im Rahmen meines Praktikums im Bundestag bekam auch ich die einzigartige Möglichkeit von diesem Vortrag zu profitieren, denn auf einem anderen Wege hätte sich diese Chance mir wahrscheinlich nie eröffnet.

Aus Sicherheitsgründen traten die jemenitischen Referenten mit falscher Identität vor den Stephanuskreis. Auch erkennbare Bilder gefährden ihre Sicherheit im Jemen.

Ihre Berichte waren verstörend und unfassbar bewegend. Die Jeminitin, deren Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden darf, begann ihre Erzählungen über die ursprüngliche landschaftliche Schönheit ihrer Heimat. Dies änderte sich allerdings spätestens im März 2015, als Saudi-Arabien mit einer Militärallianz im Jemen intervenierte. Heute leiden 82% der Bevölkerung an Hunger. 24 Millionen von insgesamt 29 Millionen Menschen sind von humanitären Hilfsleistungen abhängig. Nächtelange Bombardierungen, zahlreiche Landminen, Cholera und verunreinigtes Wasser erschweren die Situation.

Die Jeminitin trägt während des gesamten Vortrags ein Kopftuch – und das obwohl sie überzeugte Christin ist. Grund dafür ist ihre ständige Angst davor, dass jegliche Informationen über ihren wahren Glauben in die falschen Hände gelangen könnten, da die Staatsreligion im Jemen der Islam ist. Derzeit können sich im Jemen alle Christen nur im Untergrund zu ihrem Glauben bekennen. Immer mit der Angst, dass dieses Bekenntnis ihr Leben kosten könnte. Die Jeminitin berichtete, wie ihr Bruder und ihr Nachbar aufgrund ihres christlichen Glaubens vom IS ermordet wurden. Ihr Nachbar vor den Augen seiner Ehefrau und seiner drei Töchter. Trotz der andauernden Drohung, der Angst und dem vielen Leid, die christliche Untergrundbewegung findet Zulauf. Die Menschen wollen wählen, welchem Glauben sie angehören und ihn nicht aufgezwungen bekommen. Den Christen im Jemen ist es wichtig, dass sie nicht als Opfer dargestellt werden. Sie wollen am Wiederaufbau des Landes teilhaben und anderen helfen. Und vor allem wollen sie Gehör finden.

Während derartig bewegenden Berichten beschleicht mich oft das lähmende Gefühl, nichts machen zu können. Spenden kommen selten oder nur unvollständig bei den Betroffenen an. Hilfsorganisationen haben kaum noch einen Zugang ins Land. Im Ergebnis wurde mir bewusst: Hier muss und kann nur die Politik ansetzen. Ich werde nach meinen Praktikum beobachten, ob es gelingt, über die derzeitige Lage im Jemen aufzuklären und die Bundesregierung zu bewegen, verstärkt bei Friedensgesprächen und Aufbauprogrammen im Jemen mitzuwirken. Mir ist nun klar, wie viel Kraft ein gemeinsamer Einsatz ausstrahlen kann. Zusammen kann man ein großes Zeichen setzen und den Betroffenen mehr Hoffnung geben.

Die Jurastudentin Matilda Kröhnert war für vier Wochen eine echte Verstärkung für das Berliner Büro. Frau Kröhnert ist 20 Jahre alt und studiert Rechtswissenschaften im 4. Semester an der HU Berlin. Vielen Dank für den Einsatz!

Seitenblick

Diskussion um Managergehälter

Im Deutschen Bundestag hat sich die Praxis etabliert, dass thematisch verwandte Anträge der Oppositionsparteien gemeinsam debattiert werden. Für die Opposition hat dies den Vorteil, dass sie insgesamt mehr Themen auf die Tagesordnung setzen kann. Der Nachteil für die Debatte: Oft widersprechen sich diese Anträge in ihrer politischen Zielrichtung oder führen ganz unterschiedliche Sachargumente an. Eine Antwort als Regierungspartei fällt so oft schwer, mag man doch dem ein oder anderen Argument sogar zustimmen, anderen Argumenten heftig widersprechen – und das alles natürlich unter dem Druck der vorgegebenen Redezeit. So war es auch wieder in der Debatte um die Angemessenheit von Managergehältern. Heribert Hirte ist der festen Überzeugung, dass willkürlich festgelegte Obergrenzen gegen unverhältnismäßige Managergehälter nicht helfen. Daher hat er erklärt, wie die Managervergütung sinnvoll innerhalb der börsennotierten Unternehmen auf vertretbare Art und Weise in angemessener Höhe festgelegt werden kann. Sehen Sie mehr in seiner kompletten Rede.

Neue Kostenstruktur im Inkassowesen gefordert

Durch die Digitalisierung ihrer Prozesse haben Anwälte heute, insbesondere auch im Inkassowesen, weitaus geringere Kosten als früher. Dies muss sich auch in der Gebührenordnung widerspiegeln. So wäre auch Schuldnerinnen und Schuldnern geholfen. Sehen Sie Heribert Hirtes Denkanstoß in seiner Rede im Deutschen Bundestag hier.

Weitblick

Montag , 25.3.2019
Erste konstituierende Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung
Assemblée nationale, Paris

Dienstag, 26.3.2019
Gespräche im Bürgerbüro, u.a. mit Studenten des deutschen und des französischen Rechts an der Universität zu Köln

Mittwoch, 27.3.2019
Symposium Kapitalmarktrecht, Diskussionsrunde „Erwartungen an ARUG II und Auslaufen des KapMuG: Stand des Gesetzgebungsverfahrens“

Donnerstag, 28.3.2019
Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Köln

Samstag, 30.3.2019
Rechtspolitischer Kongress des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ) – „Plurale Gesellschaft – Gleiches Recht“
Karlsruhe

Montag, 1.4.2019
Kuratoriumssitzung des Max-Planck-Instituts für die Biologie des Alterns

Ab Mittwoch, 3.4.2019
16. Deutscher Insolvenzrechtstag, Berlin

Samstag, 6.4.2019
Vorstandssitzung CDU Mittelrhein

Querblick

© Assemblée nationale / Olivier Ravenel

Die Mitglieder der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung nach der konstituierenden Sitzung in der Assemblée nationale. Die Versammlung trifft sich von nun an zweimal im Jahr. Heribert Hirte ist in der zweiten Reihe rechts-mittig zu finden.

Die Medienschau

Der Schwerpunkt Jemen der letzten Sitzung des Stephanuskreises sorgte für neue Aufmerksamkeit in der Presse: Idea und die Tagespost berichteten über die Sitzung, ein ausführliches Interview über die Situation der Christen im Jemen und die humanitäre Situation dort hat Heribert Hirte dem Domradio gegeben – hier zum nachhören.

Über die Rede Hirtes zum Thema Managergehälter berichtete Business Insider hier.

Das Bundeskabinett hat sich auf einem Gesetzentwurf zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) geeinigt. Dieses kommentierte Heribert Hirte als zuständiger Berichterstatter für die Bundestagsfraktion der Union: „In unserem Ausschuss werden wir nun über die Ausgewogenheit des Gesetzesentwurfs debattieren, da hierdurch insbesondere die „Machtverhältnisse" innerhalb börsennotierter Gesellschaften langfristig bestimmt werden." Die ganze PM ist hier zu finden.

Der Deutschlandfunk berichtete ausführlich über die Urheberrechtsreform. In einem Interview mit dem Sender schilderte Heribert Hirte die rechtlichen Auswirkungen der europäischen Richtlinie und die Umsetzungsideen der CDU: „Quantensprung, was die Urheberrechtsreform angeht". Das Interview finden Sie hier.

„Ein neues Mini-Parlament für Europa" - so titelte die Deutsche Welle anlässlich der konstituierenden Sitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung. Heribert Hirte erinnerte in dem Artikel an die Bedeutung des Handelsrechts für die Europäische Union. Lesen Sie hier mehr.

Foto der Woche

Für ein Arbeitstreffen traf Heribert Hirte Mario Monti, u.a. ehemaliger Ministerpräsident Italiens und ehemaliger EU-Kommissar. Heute ist Monti Vorsitzender der Hochrangigen Arbeitsgruppe für Eigenmittel, die über neue Wege für eine transparente, einfache, faire und demokratische Finanzierung des europäischen Projekts nachdenkt.

Die beiden Politiker sprachen über verschiedene Ideen zur zukünftigen europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik für unser gemeinsames Europa und waren sich schnell einig: Unser Europa braucht noch Verbesserungen an der einen oder anderen Stelle, um auch für die Zukunft stark zu sein. Beide glauben an die Kraft der deutsch-italienischen Freundschaft, mit der gemeinsam vielmehr an der europäischen Zukunft gearbeiten werden müsste. Monti ist außerdem immer noch Präsident der Wirtschaftsuniversität Luigi Bocconi in Mailand, an der Hirte seit 2006 immer wieder gelehrt hat. Hirte verabschiedete Monti in Freundschaft: „Signor Presidente, grazie per l'incontro. Ci vediamo di nuovo!"

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830
Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762
Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de
Facebook.de/HHirte @HHirte www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.